

**SOLIDARITÄT
BEWEGT**

Populismus –
was ist das?
Seite 10

**SOLIDARITÄT
BEWEISEN**

Gesund bis
zur Pension
Seite 12

**SOLIDARITÄT
VERBINDET**

Gerechte
Green Jobs
Seite 18

**SOLIDARITÄT
LEBEN**

Kulturtipps
für den Herbst
Seite 24

Ausgabe
Nummer

1.006

September 2024

Solidarität



DAS ÖGB-MAGAZIN FÜR ÖSTERREICHS ARBEITSWELT

WWW.OEGB.AT



FOTO © ANDRIANO_CZ - STOCK.ADOBE.COM

ÖGB



Wahl 2024: Wen wählen?

ELISABETH SCHWENTER | CHEFIN VOM DIENST | SOLIDARITÄT

Diese Ausgabe der Solidarität steht ganz im Zeichen der Nationalratswahl am 29. September. Denn viele Gesetze, die der Nationalrat beschließt, betreffen Arbeitnehmer:innen direkt – ob es um die Arbeitszeit geht, um das Pensionsantrittsalter, um die Gleichstellung von Frauen und Männern und vieles mehr. Einen umfassenden Überblick über die Positionen der Parteien zu unterschiedlichen Themen liefert daher unsere Titelseite. Wir haben die Parteien gefragt, wie sie zu unseren Forderungen für eine bessere Arbeitswelt, eine gerechtere Gesellschaft und ein gutes Leben für alle stehen. Manche der Antworten waren zu erwarten, andere haben uns überrascht. **Alle Infos, um sich am Wahlsonntag bestens informiert auf den Weg ins Wahllokal zu machen, findest du ab Seite 4.**

Genau analysiert haben wir auch die neuen Pensionsregelungen für Frauen – und uns dabei gefragt: Ist Arbeiten bis 65 für viele Frauen überhaupt möglich? Die Antwort unserer Expertinnen lautet ganz klar: **Nein, für viele Frauen in körperlich belastenden Berufen ist das unmöglich. Warum das so ist, erfährst du ab Seite 12.**

Ins Kabarett hingegen kann man in jedem Alter gehen – und Lachen ist auf jeden Fall gut für die Gesundheit. Die besten Angebote für den Herbst hat wie immer die ÖGB-Kartenstelle. **Tipps für ein wenig freiwillige Unterhaltung in manchmal unfreiwillig komischen Wahlkampfzeiten haben wir auf Seite 24 zusammengestellt.**

Viel Vergnügen beim Lesen!

ENDLICH WIEDER FREIE WAHLEN

Am Sonntag, 25. November 1945, sind viele Menschen losgezogen, um zuerst ihre Nachkriegsnot etwas zu mildern, um in den Wäldern Holz zu sammeln oder um aufs Land zu fahren und um dort Lebensmittel zu besorgen. Und an diesem Tag gaben 94 Prozent der rund 3,5 Millionen Wahlberechtigten in Österreich das erste Mal seit 1932 bei freien Wahlen ihre Stimme ab.

Das Vorgänger Magazin der Solidarität, „Der österreichische Arbeiter und Angestellte“, schrieb im November 1945: „Nach Jahren der Knechtschaft wird das österreichische Volk wieder zur Wahlurne schreiten.“

Der überparteiliche ÖGB rief nicht nur 1945 dazu auf, wählen zu gehen, sondern auch bei allen nachfolgenden Nationalratswahlen. Diese Tradition wird beibehalten: **Also geht am 29. September bitte wählen!** (mm)



DAMALS: NATIONALRATSWAHL 1945
In einem Wahllokal werden die Wahlkuverts an die Wähler:innen übergeben.

FOTO © V&A, WIEN-ELDAGENTUR



Die neue „Soli“ schon vorab lesen!

Rund 1,2 Millionen Gewerkschaftsmitglieder bekommen die Solidarität direkt in ihren Briefkasten. Doch die Mitgliederzeitung des ÖGB gibt es nicht nur als gedruckte Ausgabe, sie kann auch als digitale Zeitung gelesen werden.

Wer also nicht mehr auf die gedruckte „Soli“ warten will und jederzeit die wichtigsten Infos aus der Arbeitswelt abrufen möchte, kann das hier tun:

➔ oegb.at/solidaritaet

QR-Codes scannen und mehr erfahren

Scanne die QR-Codes im Heft mit deinem Handy und greife direkt auf aktuelle Umfragen, nützliche Infos, Podcasts, Videos und vieles mehr zu. Halte dazu deine Handykamera über die Codes im Heft und folge dem angezeigten Link. **Probiere es gleich hier aus!**

FOTO © ELISABETH MANDL



FOTO © KRAKENIMAGES.COM - STOCK.ADOBE.COM

Nationalratswahl 2024: der Faktencheck

Am 29. September wählt Österreich einen neuen Nationalrat. Wir haben die bundesweit wahlwerbenden Parteien gefragt, ob sie gewerkschaftliche Forderungen unterstützen und damit auch deine Interessen als Arbeitnehmer:in vertreten. **Seite 4**

Gesund bis zur Pension: Wie schaffen Frauen das?

Die Erhöhung des Pensionsalters für Frauen wirft viele Fragen auf. Was bedeutet das für jene, die in körperlich belastenden Berufen arbeiten? Wie kann und muss die Politik reagieren? Wir haben die Antworten! **Seite 12**



FOTO © ÖGB / DE ROO



FOTO © ÖGB / DE ROO

Auch Green Jobs brauchen Gerechtigkeit!

Elektrotechniker:innen, Dachdecker:innen, Installateur:innen: Auch wer im Einsatz für Klimaschutz und Nachhaltigkeit steht, braucht faire und gerechte Arbeitsbedingungen. Dafür kämpfen Gewerkschaften. **Seite 18**

SOLIDARITÄT BEWEGT

- Stärke zeigen, wählen gehen!** 7
Kommentar: ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian
- Fakten, bitte!** 8
Der Sozialstaat, das sind wir alle!
- Leistungen müssen bleiben!** 9
Warum Lohnnebenkosten für dich wichtig sind
- Populismus – was ist das?** 10
Marion Wisinger und Andre Wolf im Interview

SOLIDARITÄT BEWEISEN

- Wenn die Altersarmut droht** 15
ÖGB-Pensionist:innen: Monika Kemperle im Gespräch
- Weniger Arbeit, gleiches Geld** 16
Diese Firmen machen es vor
- Wo Gewerkschaftsarbeit gefährlich ist ...** 17
Gewerkschafter:innen aus aller Welt berichten

SOLIDARITÄT VERBINDET

- Muss ich, kann ich, darf ich ...?** 19
Welche Fragen bei der Bewerbung erlaubt sind
- Fakten zur Wahl** 21
Wissenswertes zur Nationalratswahl
- Was bedeutet eigentlich ...?** 22
Auf der Suche nach der „Mittelschicht“
- Stoppt endlich die Teuerung!** 23
Wie wir aus der Krise kommen ...

SOLIDARITÄT LEBEN

- Der Kabarett Herbst kann kommen** 24
Exklusive Ermäßigungen für ÖGB-Mitglieder
- Ausstellung zum Geburtstag** 25
UNDOK feiert 10-jähriges Bestehen
- Kreuzworträtsel und Kinderrätsel** 26
Mitmachen und gewinnen!
- Auch der Joker braucht mal Pflege** 27
Die besten Kinotipps für den Herbst

Nationalratswahl 2024

Mehr für dich? Du hast die Wahl!

Am 29. September wählt Österreich einen neuen Nationalrat.

Dass es wichtig ist, wählen zu gehen, steht außer Frage: Denn der Nationalrat entscheidet über Gesetze, die dich als Arbeitnehmer:in direkt betreffen – zum Beispiel über deine Arbeitszeit, deine Pension oder deine Gesundheit am Arbeitsplatz. Mit deiner Stimme entscheidest du mit, wie sich der neue Nationalrat zusammensetzt.

Wir haben allen bundesweit antretenden Parteien – das sind neben den bereits im Parlament vertretenen Parteien ÖVP, SPÖ, FPÖ, GRÜNE und NEOS auch die KPÖ, die Bierpartei, die Liste KEINE VON DENEN und die Liste Madeleine Petrovic (LMP) – 50 Fragen gestellt, um herauszufinden, wer unsere Forderungen und unseren Weg für ein gutes Leben für alle unterstützt.

Schau dir an, welche Partei auf deiner Seite steht!

TEXT BARBARA KASPER



Wer wirklich mehr für dich will?
Alle Antworten und Kommentare der Parteien auf:
gutewahl.oegb.at

**Geh wählen!
29.9.24**

**GUTE WAHL,
GUTES LEBEN!**

4 Gründe, warum Nichtwählen keine Option ist

1. Freie Wahlen und Demokratie sind Errungenschaften, die wir nicht verspielen dürfen – allein deshalb ist es wichtig, wählen zu gehen.
2. Wer nicht hingeht, verschenkt nicht nur seine bzw. ihre Stimme, sondern macht es den Parteien auch leichter, zu Sitzen im Nationalrat zu kommen. Denn je mehr Nichtwähler:innen es gibt, desto weniger absolute Stimmen braucht eine Partei, um ein hohes prozentuales Wahlergebnis zu erreichen.
3. Wer sichergehen will, dass eine bestimmte Partei nicht gewählt bzw. nicht zu stark wird, fährt am besten damit, seine bzw. ihre Stimme für eine andere abzugeben – auch wenn man eventuell nicht in allen Punkten mit der gewählten Partei übereinstimmt.
4. Gehst du nicht wählen, bedeutet das, dass andere darüber entscheiden, wer dich in Zukunft vertritt.

Mehr Freizeit

Forderung: Arbeitszeitverkürzung
Immer mehr Beschäftigte wünschen sich endlich kürzere Arbeitszeiten. Nicht nur weil die letzte Arbeitszeitverkürzung mehr als 40 Jahre her ist, sondern weil sie viele Vorteile mit sich bringt. **Kürzere Tages- und Wochenarbeitszeiten machen uns gesünder und zufriedener. Arbeitnehmer:innen sind weniger erschöpft und Krankenstände nehmen ab.** Außerdem bringen sie mehr Zeit für Familie und Freundschaften, und das steigert unsere Zufriedenheit und Lebensqualität. Und auch Unternehmen profitieren von kürzeren Arbeitszeiten – durch gesündere und zufriedener Mitarbeiter:innen und dadurch, dass sie in der Regel kein Problem haben, Arbeitskräfte zu finden.

Ist Ihre Partei für die Verkürzung der Normalarbeitszeit im Arbeitszeitrecht bei vollem Lohn- und Personalausgleich?

SPÖ, GRÜNE, KPÖ, KEINE	ÖVP, FPÖ, NEOS	BIER, LMP

Von den befragten Parteien unterstützen SPÖ, GRÜNE, KPÖ und KEINE die ÖGB-Forderung nach einer gesetzlichen Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich. ÖVP, FPÖ und NEOS hingegen lehnen diese ab. BIER und die Liste Madeleine Petrovic (LMP) sprechen sich nicht gegen kürzere Arbeitszeiten aus, wollen aber auch nicht, dass der Gesetzgeber diese vorschreibt.

Mehr Einkommen

Forderung: 2.000 € Mindestlohn/-gehalt
Miete, Lebensmittel, Gas, Strom – aufgrund der hohen Inflation der letzten Jahre ist alles teurer geworden. **Die Maßnahmen der Bundesregierung zur Bekämpfung der Teuerung waren bei Weitem nicht ausreichend. Immens wichtig waren daher die guten Lohn- und Gehaltsabschlüsse der jüngsten Kollektivvertragsverhandlungen der Gewerkschaften.** „Denn in Krisenzeiten ist es besonders wichtig, die Kaufkraft der Menschen zu erhöhen und abzusichern – und zwar langfristig“, sagt ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian. Genau deshalb ist die Forderung nach einem kollektivvertraglichen Mindestlohn bzw. -gehalt von 2.000 Euro für eine Vollzeitstelle relevanter denn je.

Unterstützt Ihre Partei die Forderung nach einem kollektivvertraglichen Mindestlohn bzw. -gehalt von 2.000 Euro?

SPÖ, FPÖ, GRÜNE, KPÖ, KEINE	ÖVP, NEOS, BIER, LMP

Unterstützt wird die Forderung nach einem kollektivvertraglichen Mindestlohn bzw. -gehalt von 2.000 Euro von SPÖ, FPÖ, GRÜNEN, KPÖ und KEINE. ÖVP, NEOS und BIER geben keine klare Antwort auf diese Frage, LMP enthält sich.

JA NEIN KEINE ANGABE/ KEINE EINDEUTIGE ANTWORT

ÖGB-Profilbild-generator zur Nationalratswahl

Ändere dein Profilbild und setze ein Zeichen!

- So geht's:
1. Lade dein Foto hoch,
 2. wähle einen Rahmen aus,
 3. lade das Bild runter und auf dein Social Media Profil hoch,
 4. schicke den Link zum Generator weiter,
 5. geh am 29. September 2024 wählen!

oegb.at/nrw-bildgenerator



Geh wählen!
29.9.X

GUTE WAHL,
GUTES LEBEN!



WOLFGANG KATZIAN
ÖGB-PRÄSIDENT

Stärke zeigen,
wählen gehen!

Jede Wahl ist wichtig. Gewerkschaften rufen immer dazu auf, mitzubestimmen. Für die kommende Nationalratswahl tun wir das mit besonderer Vehemenz, denn es geht um viel. Wollen wir eine Bundesregierung, der gute Lebens- und Arbeitsbedingungen wichtig sind, oder Politikexperimente mit gewerkschaftsfeindlichen Kräften?

Die vergangenen Jahre haben einmal mehr gezeigt, wie wichtig es ist, dass Gewerkschaften dieses Land mitgestalten können. Wir haben mit verantwortungsvoller Kollektivvertragspolitik für faire Löhne und Gehälter und damit für die Sicherung von Arbeitsplätzen gesorgt.

Trotzdem leiden viele Menschen immer noch unter fehlenden nachhaltigen Maßnahmen zur Eindämmung der Rekordinflation. Lösungsansätze gab es genug: Gewerkschaften hatten eine Reihe von rasch umsetzbaren Vorschlägen, die teilweise gemeinsam mit den Sozialpartnern erarbeitet wurden. Vieles davon, wie etwa leistbares Wohnen, eine wirksame Energiepreisbremse, gerechte Steuerpolitik oder der Ausbau der Kinderbetreuung, bleibt relevant.

Wer also eine Bundesregierung möchte, der starke Gewerkschaften, die Anliegen arbeitender Menschen und mehr Verteilungsgerechtigkeit wichtig sind, der muss zur Wahl gehen und jene stärken, die sich genau dafür einsetzen.

Mehr Gesundheit

Forderung: Mehrheit für Beschäftigte in Selbstverwaltungsgremien

Die Sozialversicherung ist das Herz unseres Sozialstaats: Wer krank ist, kann sich auf die Krankenversicherung verlassen, bei einem Arbeitsunfall wird die Unfallversicherung aktiv und am Ende der Arbeitslaufbahn sichert die Pensionsversicherung mit Pensionszahlungen den Lebensunterhalt ab. Historisch gesehen war die Selbstverwaltung der österreichischen Sozialversicherung immer mehrheitlich in den Händen der Arbeitnehmer:innen. Zu Recht, denn sie sind es, die hier versichert sind, und sie sollten darüber entscheiden, was mit ihren Beiträgen passiert. Doch 2018 hat die türkisblaue Bundesregierung dem ein Ende gesetzt. Die damals versprochene „Patientenmilliarde“ hat sich als reiner Marketing-Gag herausgestellt. Deshalb fordern wir, dass Pensionsversicherung und Gesundheitskasse wieder in die Hände der Arbeitnehmer:innen kommen.

Ist Ihre Partei dafür, dass die Mehrheiten für die Arbeitnehmer:innen in allen Selbstverwaltungsgremien der Pensionsversicherungsanstalt und der Österreichischen Gesundheitskasse wiederhergestellt werden?

SPÖ, GRÜNE, KPÖ, KEINE, LMP	ÖVP, FPÖ	NEOS, BIER

SPÖ, GRÜNE, KPÖ, KEINE und LMP sehen das ebenso. ÖVP und FPÖ lehnen die ÖGB-Forderung ab. NEOS und BIER geben keine klare Antwort.

Mehr Gleichberechtigung

Forderung: Recht auf leistbare Kinderbildung ab dem ersten Geburtstag

Bis zur vollen Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern ist es ein langer Weg. „Was aber definitiv dazu beitragen würde, wäre der Ausbau der Kinderbildungsplätze und ein Rechtsanspruch auf einen leistbaren Platz ab dem ersten Geburtstag“, fordert ÖGB-Vizepräsidentin und Bundesfrauenvorsitzende Korinna Schumann. Denn Frauen müssten sich oft den Vorwurf anhören, dass sie, nachdem sie Kinder bekommen haben, zu lange zu Hause bleiben oder nur Teilzeit arbeiten. Beides führe am Ende dazu, dass Frauen nach wie vor weniger Einkommen und später auch weniger Pension haben.

Unterstützt Ihre Partei die Forderung nach einem Rechtsanspruch auf einen leistbaren Kinderbildungsplatz ab dem ersten Geburtstag?

SPÖ, GRÜNE, NEOS, KPÖ, BIER, KEINE	FPÖ	ÖVP, LMP

Die einzige Partei, die unsere Forderung nach einem Rechtsanspruch auf einen leistbaren Kinderbildungsplatz ab dem ersten Geburtstag definitiv ablehnt, ist die FPÖ. Die ÖVP gibt keine eindeutige Antwort, LMP enthält sich. SPÖ, GRÜNE, NEOS, KPÖ, BIER und KEINE sprechen sich für die ÖGB-Forderung aus.

Mehr Pension

Forderung: Abschlagsfreie Pension nach 45 Arbeitsjahren

Mehr als die Hälfte des Lebens arbeiten und trotzdem nicht die volle Pension erhalten – das ist durch die Abschaffung der „Hacklerregelung Neu“ im Herbst 2020 wieder möglich. Der stattdessen eingeführte Frühstarterbonus federt die finanziellen Einbußen nicht ab, kritisiert ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian und betont, dass die abschlagsfreie Hacklerregelung auf jeden Fall ein leistbarer Beitrag wäre, der Gerechtigkeit für fleißig arbeitende Menschen in Österreich schafft. Auch Frauen würden profitieren, denn nur jede zweite Arbeiterin gehe direkt aus dem Job in die Pension.

Soll die abschlagsfreie Pension nach 45 Arbeitsjahren – inklusive bis zu 60 Monaten der Kindererziehung sowie Zeiten des Präsenz- und Zivildienstes – für alle Beschäftigten wieder eingeführt werden?

SPÖ, FPÖ, KPÖ, KEINE, LMP	ÖVP, NEOS	GRÜNE, BIER

Unterstützt wird die ÖGB-Forderung nach einer abschlagsfreien Pension nach 45 Arbeitsjahren von SPÖ, FPÖ, KPÖ, KEINE und LMP. ÖVP und NEOS sind dagegen, GRÜNE und BIER äußern sich nicht eindeutig dazu.

Deine Entscheidungshilfe für die Nationalratswahl

Du bist noch unentschieden, möchtest mit deiner Stimme aber Arbeitnehmer:innenrechte stärken? Der ÖGB-WAHL-CHECK sagt dir, welche Partei am besten zu dir passt.

Geh wählen!
29.9.X



oegb.at/wahlcheck

Mehr Gerechtigkeit

Forderung: Millionärsteuer

Die, die am meisten haben, tragen am wenigsten zur Finanzierung öffentlicher Ausgaben für Gesundheitsversorgung, Bildung oder öffentliche Infrastruktur bei. Klingt ungerecht, ist es auch. Während Arbeitnehmer:innen und Konsument:innen rund 80 Prozent des Steueraufkommens leisten, kommt aus vermögensbezogenen Steuern nur ein verschwindend geringer Beitrag von 1,5 Prozent. Dieses Ungleichgewicht könnte mit einer Millionärsteuer deutlich verbessert werden. Sie würde je nach konkretem Modell vier bis fünf Milliarden Euro pro Jahr bringen und dadurch Investitionen in den Sozialstaat, die Bekämpfung der Klimakrise oder den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ermöglichen. Außerdem könnte eine gerechte Besteuerung der Reichsten zum Schließen der Schere zwischen Arm und Reich beitragen.

Ist Ihre Partei für die Einführung einer „Millionärsteuer“, also einer Vermögenssteuer auf Vermögen ab einer Million Euro?

SPÖ, GRÜNE, KPÖ, KEINE	ÖVP, FPÖ, NEOS	BIER, LMP

SPÖ, GRÜNE, KPÖ und KEINE sprechen sich eindeutig für die ÖGB-Forderung nach einer Millionärsteuer aus. BIER will erst ein Modell ausarbeiten. LMP macht es vom konkreten Konzept abhängig. ÖVP, FPÖ und NEOS sind klar dagegen.

Mehr Planbarkeit

Forderung: Der arbeitsfreie Sonntag muss als Grundprinzip bestehen bleiben

Sonntagsarbeit muss auf Ausnahmen beschränkt bleiben. Diese Forderung des ÖGB und der Gewerkschaften unterstützt eine breite Allianz für den freien Sonntag. Viele Familien haben nur den Sonntag als gemeinsame freie Zeit. Andere üben am freien Sonntag Ehrenämter in Vereinen aus. Natürlich gibt es Arbeiten, die auch an Sonntagen getan werden müssen. Dazu zählen zum Beispiel das Gesundheitswesen, Pflege, Energieversorgung, Sicherheit oder öffentlicher Verkehr. Es gibt in Österreich zahlreiche Ausnahmen von der Wochenend- und Feiertagsruhe – nicht nur in den genannten gesellschaftlich notwendigen Bereichen, sondern zum Beispiel auch für Gastronomie und Tourismus. Die Ausnahmen sollten aber klar begrenzt bleiben.

Soll der arbeitsfreie Sonntag als Grundprinzip bestehen bleiben?

ÖVP, SPÖ, FPÖ, GRÜNE, KPÖ, BIER, KEINE, LMP	NEOS

Unterstützt wird die ÖGB-Forderung von allen Parteien außer von den NEOS, die Händlern mehr Möglichkeiten zur Öffnung am Sonntag geben wollen.

Dein Sozialstaat, mein Sozialstaat

Von der Kindheit bis ins Pensionsalter, von der Armutsbekämpfung bis zum gesellschaftlichen Zusammenhalt: Unser Sozialstaat hat viele Aufgaben. Kürzungen würden uns alle hart treffen.

ZAHLEN PERIGAN ERASLAN

41.262

Mehr als 40.000 Kinder haben 2022 dank des Sozialstaates einen Unterhaltsvorschuss bekommen, weil ein Elternteil seinen Verpflichtungen zur Zahlung nicht oder nicht regelmäßig nachgekommen ist.

2.547.502

Mehr als 2,5 Millionen Pensionistinnen und Pensionisten haben 2023 durch den Sozialstaat eine Absicherung im Alter erhalten.

€ 4,2 Mrd.

Über vier Milliarden Euro wurden 2022 an Familienbeihilfe ausbezahlt – für knapp zwei Millionen Kinder.

6.808.906

Über die Unfallversicherung hat der Sozialstaat 2023 mehr als 6,8 Millionen Menschen im Falle eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit abgesichert.

1.912.106

108 Spitäler mit mehr als 40.000 Betten wurden 2023 durch den Sozialstaat in Österreich erhalten und so wurden 1,9 Millionen stationäre Aufenthalte für Erkrankte ermöglicht.

474.952

Im Jahr 2023 haben dank unseres Sozialstaates fast 475.000 Personen eine finanzielle Unterstützung wegen Pflegebedürftigkeit bekommen.



Alle Ansprüche und Leistungen, die der österreichische Sozialstaat bietet, findest du auf:

sozialleistungen.at

Sozialleistungen in Gefahr!

Von einer Senkung der Lohnnebenkosten würden vor allem große Konzerne profitieren. Der Großteil der Bevölkerung hingegen würde verlieren. Drei ÖGB-Expert:innen warnen vor dem drohenden Sozialabbau.



Hinter den Zahlen – die Wahrheit über Lohnnebenkosten: oegb.at/podcast-lohnnebenkosten



FOTO © ÖGB / DE ROO

Julia Stroj
Expertin für Gesundheitspolitik im ÖGB

Hohe Verluste, aber kein Cent mehr am Konto

Wenn es um die Kürzung von Lohnnebenleistungen geht, dann steht häufig der Beitrag der Arbeitgeber zur Unfallversicherung im Mittelpunkt. Dabei ist die Unfallversicherung die soziale Absicherung von jenen, die einen Arbeitsunfall (Wegunfälle inklusive) oder eine Berufskrankheit erleiden. Sie greift ein, wenn uns die Arbeit krank macht. Gleichzeitig ist eine wesentliche Aufgabe dieser Lohnnebenleistung, dass durch Prävention Arbeitsunfälle vermieden oder Berufskrankheiten verhindert werden.

Schon in der Vergangenheit wurde der Beitragssatz der Arbeitgeber gesenkt: von 1,4 Prozent vor mehr als zehn Jahren auf mittlerweile nur noch 1,1 Prozent. Dies verursachte hohe Einnahmenverluste für die Unfallversicherung auf der einen Seite und brachte keinen Cent von dem oft versprochenen „mehr Netto vom Brutto“ – profitiert haben Großbetriebe. Dabei wäre es dringend notwendig, dass die Leistungen der Unfallversicherung an die gesundheitsschädlichen Folgen unserer Arbeitswelt angepasst werden; sei es schweres Heben und Tragen oder psychische Belastungen. ■



FOTO © ELISABETH MANDL

Miriam Fuhrmann
Ökonomin im Volkswirtschaftlichen Referat des ÖGB

Am Ende stehen höhere Gewinne der Unternehmen

Eine der wichtigsten Errungenschaften in Österreich ist der Sozialstaat. Die Leistungen daraus begleiten uns das gesamte Leben. Im Alter durch Pensionszahlungen, bei der Vorsorge vor sowie bei Krankheiten, bei Arbeitslosigkeit, bei Insolvenz des Arbeitgebers oder wenn ein Arbeitsunfall passiert, beziehen wir Leistungen des Sozialstaates. Für Familien gibt es monatlich Familienbeihilfe, gratis Schulbücher sowie die Schüler:innen- und Lehrlingsfreifahrt. Trotz aller Vorteile des Sozialstaates erklingen regelmäßig Forderungen nach Lohnnebenkostensenkungen.

Getarnt werden diese mit dem Argument, dass Arbeitnehmer:innen dann netto mehr verdienen. Was tatsächlich dahintersteckt, ist der Wunsch nach höheren Gewinnen.

Denn nur wenn Unternehmen die Senkung bewusst weitergeben, steigen die Löhne. Dies ist Studien zufolge zweifelhaft und hat sich auch bei den zahlreichen vergangenen Senkungen nicht bewahrt. Die Folge sind nur Mindereinnahmen für den Staat, und zwar in der Höhe von 16 Milliarden Euro. ■



FOTO © ÖGB / DE ROO

Mattias Muckenhuber
Ökonom im Volkswirtschaftlichen Referat des ÖGB

Der Löwenanteil geht an wenige Konzerne

Als Strohhalm-Argument für eine Lohnnebenkostensenkung wird oft die Wettbewerbsfähigkeit herangezogen. Das soll davon ablenken, dass sich große Konzerne dadurch insgesamt Hunderte Millionen Euro einstecken können und sich der Rest der Unternehmen – Österreichs kleine und mittlere Unternehmen – gerade einmal ein paar Hundert bis Tausend Euro pro Betrieb spart.

Denn fast die Hälfte der Ersparnisse durch eine Senkung unserer Sozialstaatsbeiträge geht an das größte Prozent der Unternehmen. Den Rest teilen sich die anderen 99 Prozent. Ein typischer kleiner Betrieb mit fünf Mitarbeiter:innen (Gehalt: 3.500 Euro pro Monat) spart sich bei einer Lohnnebenkostensenkung um einen Prozentpunkt gerade einmal 2.450 Euro pro Jahr.

Bei Personalkosten von über 300.000 Euro für ein einzelnes Unternehmen ist das ein Tropfen auf den heißen Stein. Für die Finanzierung unseres Sozialstaates ist eine Lohnnebenkostensenkung aber ein riesiger Verlust. ■

Populismus – was ist das?

Stehen Wahlen vor der Tür, fehlt einer sicher nicht: der Populismus. Aber wie funktioniert dieser eigentlich und wie gefährlich ist er für unsere Gesellschaft?

INTERVIEW PATRICK FISCHER

*Die Expertin für politische Bildung
Marion Wisinger und der Social-
Media-Spezialist Andre Wolf
beantworten für die Solidarität
die wichtigsten Fragen rund um
das Phänomen Populismus.*

**Die grundsätzlichste Frage zu Beginn:
Wie kann man das Phänomen Popu-
lismus beschreiben?**

Marion Wisinger: Geht es nach politikwissenschaftlichen Definitionen, bedeutet es so etwas wie: was das Volk hören möchte. Aber die Definition müsste weitaus ausladender ausfallen: Mit dem Populismus wird eine Menge an Leuten angenommen, die einen bestimmten Willen hat, dem man folgt.

Aber das klingt ja nicht schlecht. Die Politik tut, was die Leute verlangen. Wo ist das Problem?

Wisinger: Das ist richtig, es klingt ganz gemütlich. Aber Populismus beruht immer auch auf Ausgrenzung. Es bedeutet nämlich: Die einen wollen etwas gegen eine andere Gruppe. Das ist der Kern des Populismus. Er ist also nichts Harmloses, sondern er ist auch feindselig.

**Was ist das Erfolgsgeheimnis
des Populismus?**

Andre Wolf: Vor ungefähr zehn Jahren haben einige Parteien gesagt: „Wir haben Social Media, wir brauchen die klassischen Medien nicht mehr. Wir richten unsere eigenen alternativen Kanäle ein und senden

nur das, was wir wollen – ob es wahr ist oder nicht.“ Außerdem bieten Populisten einfache Antworten – ob es um Migration geht, ums Klima oder um Krieg.

Wisinger: Populismus schürt Ängste, bestärkt Vorurteile und generiert Probleme, um dann eine Person zu präsentieren, die diese Probleme lösen kann. Donald Trump hat hier neue Maßstäbe gesetzt, auch was das Lügen betrifft.

**Wie kann man Populismus im
eigenen Umfeld begegnen?**

Wisinger: Immer wieder das Gespräch suchen und ab einem gewissen Punkt beginnen, Logik einzufordern und Widersprüchlichkeiten aufzuzeigen.

**Welche Rolle spielen Organisationen
wie der ÖGB?**

Wolf: Gruppen sind generell wichtig – der ÖGB genauso wie ein Sportverein. Sie bieten Halt und vermitteln wichtige Werte.

Wisinger: Ja, absolut. Egal ob das betriebliche Schulungen, Aus- und Fortbildungen oder Gewerkschaftsschulungen sind – ich halte das für essenziell. Solidarität, Ausgewogenheit, der Schutz von Minderheiten- und Menschenrechten – das sind alles Kernbotschaften der

FOTOS © ÖGB / CELUK



Dr. Marion Wisinger ist Historikerin, Trainerin der politischen Bildung und Vorstandsvorsitzende des Wiener Forums für Demokratie und Menschenrechte.



Andre Wolf ist Autor, Blogger und Social-Media-Experte. Beim österreichischen Verein Mimikama setzt er sich intensiv mit dem Thema Fake News auseinander.

Gewerkschaftsbewegung. Wenn man in einer Gruppe ist, die diese Zielsetzungen hat, kann man durchaus ein Gegengewicht zum Populismus bilden und bestärkt werden.

Ist das auch ein gesellschaftlicher Appell? Sollten wir uns mehr auf Gemeinsamkeiten und weniger auf Trennendes konzentrieren?

Wisinger: Ja, das schwächt den Populismus.

Wie wichtig ist es, wählen zu gehen?

Wolf: Wählen gehen ist eine absolute Bürger:innenpflicht. Ich muss nicht wählen, was meine Eltern immer gewählt

haben, und darauf beharren, dass meine Kinder das auch irgendwann tun. Man sollte in den Programmen der Parteien schauen, worum es denen eigentlich geht, was sie erreichen wollen und auf welche Art und Weise. Da kann ich Populismus entlarven. Er bietet keine tiefgehenden Antworten, sondern nur kurze und schiebt die Verantwortung auf Sündenböcke ab. Also auf jeden Fall: **Bitte wählen gehen!** ■

Das ist eine gekürzte Version des Interviews. Eine ausführliche Version findest du auf: oegb.at/populismus

Buchtipps

Du willst dich näher mit dem Thema Populismus beschäftigen? Diese Bücher helfen dir dabei.



**ANGRIFF AUF
DIE DEMOKRATIE**
Andre Wolf

**Wie Rechtsextremisten die
sozialen Medien unterwandern**

Mit diesen Tricks, Techniken und Strategien unterwandern Rechtsextremisten das Internet – und warum die Regierungen die Gefahr unterschätzen.



WAS POPULISTEN WOLLEN
Marcel Lewandowsky

Wie sie die Gesellschaft herausfordern – und wie man ihnen begegnen sollte | Das Buch für das Superwahljahr 2024

Giorgia Meloni in Italien, Donald Trump in den USA, die FPÖ in Österreich und nun auch die AfD in Deutschland: Der Aufstieg des Populismus scheint unaufhaltsam – und die bisherigen Gegenstrategien sind gescheitert. Was also tun?



ANLEITUNG ZUM POPULISMUS
Fritz B. Simon

Oder: Ergreifen Sie die Macht!

Im Gegensatz zu den vielen akademischen Versuchen, die Grundlagen des Populismus zu analysieren, stellt Fritz B. Simon in diesem Buch die Methoden des Populismus konkret und leicht nachvollziehbar in Form von Handlungsanweisungen dar, sodass sie jede:r befolgen (oder auch bekämpfen) kann.

**MITMACHEN
UND GEWINNEN!**

Wir verlosen 5 x 20 Euro für den Buchshop der FAKtory. Schicke ein E-Mail an gewinnspiel@oegb.at und mit etwas Glück gehört einer der Gutscheine dir.

Einsendeschluss: 31. Oktober 2024.

TIPP: Alle Bücher sind im Buchshop der FAKtory erhältlich, entweder online unter shop.factory.at oder direkt vor Ort.

FAKTory. Die Buchhandlung Universitätsstraße 9, 1010 Wien
Mo–Fr: 9–18 Uhr
E-Mail: factory@oegbverlag.at
Tel.: 01/405 49 98-99132

shop.factory.at



Fritz Verzetnitsch

Langjähriger Präsident
des ÖGB verstorben.

„Wir haben einen überzeugten Gewerkschafter und langjährigen Mitkämpfer für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verloren. Unser Mitgefühl gilt seiner Ehefrau und den Hinterbliebenen“, zeigte sich ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian am 18. Juli 2024 betroffen vom Ableben von Fritz Verzetnitsch. Der ehemalige ÖGB-Präsident stellte mehr als drei Jahrzehnte seines Lebens in den Dienst des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und der Europäischen Gewerkschaftsbewegung. Dafür gebührt ihm unser Dank und daran werden wir uns erinnern.

Gesund bis zur Pension: Wie schaffen Frauen das?

Die Erhöhung des Frauenpensionsalters wirft viele Fragen auf. Was bedeutet das für Frauen, die in körperlich belastenden Berufen arbeiten? Wie kann und muss die Politik reagieren? Wir haben die Antworten.

TEXT MARTIN MANDL

12 Stunden waschen, pflegen, zuhören

BEATRIX EILETZ, 54,

Betriebsratsvorsitzende der Volkshilfe Steiermark

Die Arbeit der Pflegekräfte beginnt früh am Morgen und dauert manchmal zwölf Stunden lang. Ihre Arbeit ist körperlich und emotional anstrengend. Sie helfen Kund:innen und Patient:innen beim Aufstehen, beim Umziehen, bei der Einnahme von Medikamenten. Sie waschen und pflegen sie, halten das Umfeld der Menschen sauber und hören ihnen zu, wenn sie Sorgen und Ängste haben. „Alles muss schnell gehen, denn der Bedarf an Pflege ist hoch“, erklärt Beatrix Eiletz, die selbst viele Jahre in der mobilen Pflege tätig war und inzwischen als Betriebsrätin ihren Kolleg:innen mit Rat und Tat zur Seite steht. **Pflegekräfte müssen konzentriert und feinfühlig sein. Zeit zum Ausruhen lässt die Arbeit kaum zu, Pausen sind selten und kurz, Rückenschmerzen, Gelenkprobleme und Erschöpfung sind vorprogrammiert.**

Dienstplanänderungen und Einspringen kommen regelmäßig vor. „Emotionale Erschöpfung ist in der Pflege ein großes Problem, immerhin haben wir täglich mit kranken oder sterbenden Menschen zu tun. Und mit zunehmendem Alter der Pflegekräfte wird die Arbeit immer schwerer“, so Beatrix Eiletz. Sie und manche ihrer Kolleg:innen haben immer öfter das Gefühl, dass ihre Körper den Anforderungen nicht mehr lange standhalten können. Mittlerweile brauchen sie viel mehr Zeit, um sich zu erholen. Bis zum gesetzlichen Pensionsantrittsalter von 65 zu arbeiten, ist in der Pflege unmöglich.



FOTO © ÖGB / DE ROO

Schweres Gerät mit höchster Präzision bedienen

SABINE NEUNTEUFL, 58,

Betriebsrätin in einem Spital in Niederösterreich

Jede Untersuchung erfordert höchste Präzision und Konzentration. Schon morgens sind die Geräte zu überprüfen und zu kalibrieren. Während der Schicht werden zahlreiche Untersuchungen durchgeführt: Röntgenaufnahmen, CT- und MRT-Scans. Viele Beschäftigte entscheiden sich für den Job als Radiologie-Technolog:innen, weil sie die Verbindung von moderner Technologie und medizinischer Diagnose fasziniert.

Mit zunehmendem Alter ist der Beruf aber nicht mehr nur spannend, sondern vor allem äußerst belastend. Patient:innen, die nicht mehr selbstständig mobil sind, müssen gehoben werden. Das geht auf den Rücken und die Gelenke. „**Mit den Jahren wird vielen bewusst, dass es kaum möglich ist, den Job bis zum gesetzlichen Pensionsalter ausüben zu können. Der Körper signalisiert zunehmend, dass er diese Belastungen nicht mehr lange aushalten kann**“, erzählt Sabine Neunteufl. So gehe es vielen Beschäftigten im Gesundheitsbereich. So sehr sie ihren Job lieben, irgendwann geht es einfach nicht mehr. Neunteufl hat bis vor elf Jahren auch viele Stunden stehend verbracht und schweres Gerät bewegt, als Betriebsrätin ist sie heute für ihre Kolleg:innen da, die aufgrund der Belastung nicht mehr können.



FOTO © GÜNTER KALCHauer

In Österreich wird das Pensionsantrittsalter für Frauen bis 2033 schrittweise auf 65 Jahre angehoben. Diese Anpassung erfolgt in Halbjahresschritten. So können Frauen, die zwischen dem 1. Juli 1964 und dem 31. Dezember 1964 geboren sind, seit dem 1. Juli 2024 erst mit 61 Jahren in den Ruhestand gehen. Beschlossen wurde die schrittweise Angleichung des Regelpensionsalters schon 1992 mit einem Bundesverfassungsgesetz im Nationalrat.

Die Angleichung an das Pensionsantrittsalter der Männer ist für Frauen in körperlich anstrengenden Berufen aber eine große Herausforderung. Denn bereits vor dieser Angleichung ist jede dritte Frau nicht aus der Erwerbstätigkeit heraus in Pension gegangen, bei den Arbeiterinnen sogar nur jede zweite. Der Hauptgrund dafür sind Arbeitsbedingungen, die weder alters- noch altersgerecht sind.

Frauen in der Pflege, der Industrie oder der Reinigung arbeiten oft unter hoher körperlicher Anstrengung. ÖGB-Vizepräsidentin und Frauenvorsitzende Korinna Schumann betont, dass bereits jetzt schon viele Frauen Schwierigkeiten haben, bis zum 60. Lebensjahr zu arbeiten. Eine Erhöhung des Pensionsantrittsalters scheint da kaum vorstellbar.

Arbeiten bis 60: für viele schon unmöglich

Dass viele Arbeitnehmer:innen aktuell nicht bis 60 und schon gar nicht bis 65 arbeiten können, verdeutlicht der Rückgang der Erwerbsquote bei älteren Arbeitnehmer:innen: Von Frauen,

die etwa zwei Jahre vor dem gesetzlichen Pensionsalter (aktuell 61) stehen, sind nur 70,7 Prozent in Beschäftigung, bei Männern (Pensionsantrittsalter 65) sind es gar nur 45,9 Prozent. Einen noch drastischeren Rückgang gibt es bei jenen, die zum gesetzlichen Pensionsantrittsalter direkt von der Erwerbstätigkeit heraus in den Ruhestand gehen – aktuell sind das 41,3 Prozent der Frauen und sogar nur 21,6 Prozent der Männer. Klar ist also: Die Arbeitsbedingungen müssen verbessert werden, damit Arbeitnehmer:innen – sowohl Frauen als auch Männer – gesund bis zum gesetzlichen Pensionsantrittsalter arbeiten können. Gelingt es, die Beschäftigung von älteren Menschen zu erhöhen, spart der Staat bis 2035 laut Berechnungen des Momentum Instituts 57 Milliarden Euro.

So geht Arbeiten im Alter

Mehr Gesundheitsmanagement, altersgerechte und altersgerechte Arbeitsplätze sind nötig, damit mehr Beschäftigte körperlich und psychisch in der Lage sind, bis ins höhere Alter zu arbeiten. Und Arbeitgeber müssen vor allem jenen, die Schwerarbeit verrichten, ermöglichen, weniger belastende Tätigkeiten auszuüben.

In der Praxis kann das so aussehen: Die Leitung eines Pflegeheims stellt sicher, dass in jeder Schicht sowohl junge als auch ältere Mitarbeiter:innen zusammenarbeiten. Dabei wird darauf geachtet, wie fit und erfahren die Mitarbeiter:innen sind. Wenn jemand kurzfristig ausfällt, regeln die Teams das selbst, außer es

gibt einen Konflikt. So können die Älteren von der körperlichen Fitness der Jungen und die Jungen von der Erfahrung der Älteren profitieren. Wie in der Pflege wird auch in der Industrie der Rücken stark beansprucht, was zu vermehrten Krankenständen führt – gerade bei Mitarbeiter:innen, die über 50 Jahre alt sind. Deshalb macht es jedenfalls Sinn, sich die Arbeitsorganisation und -abläufe unter Einbeziehung des Betriebsrats genau anzusehen. Oftmals sind es nur kleine Änderungen wie die Anschaffung eines Hubwagens, die dafür sorgen, dass niemand schwer heben muss; oder Rotationsmodelle, die dafür sorgen, dass nicht immer die gleiche Tätigkeit ausgeübt wird.

Das Pensionssystem ist sicher

Obwohl das Frauenpensionsantrittsalter gerade angehoben wird, taucht in den Medien in unregelmäßigen Abständen die Forderung nach einer weiteren Anhebung des allgemeinen Pensionsantrittsalters – also für Männer und Frauen – zum Beispiel auf 67 auf. Das Argument der Befürworter:innen: Das System wäre sonst nicht mehr finanzierbar.

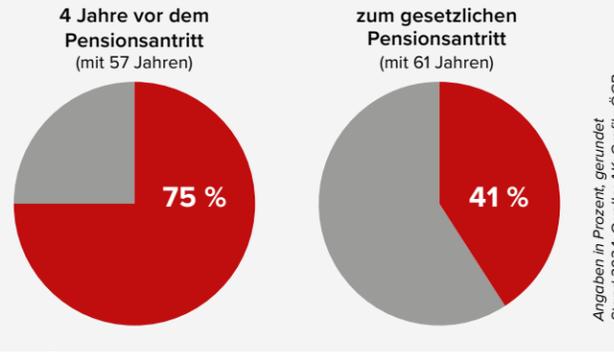


Von der Wechselschicht in den Krankenstand

BRIGITTE GILLER, 58, Betriebsrätin in einem Produktionsbetrieb in Wien

Wenn man in der Produktion arbeitet, tut man das entweder früh oder spät. In der Frühschicht beginnt der Tag oft um fünf Uhr, die Nachtschicht endet um sechs Uhr morgens. „Wechseldienstler:innen schlafen sonntags schlecht – oder gar nicht mehr. Vor allem dann, wenn sie am Sonntag mit der Nachtschicht beginnen oder am Montag Frühschicht haben. Das bringt den Biorhythmus durcheinander“, schildert Betriebsrätin Brigitte Giller den Joballtag. Industriearbeiter:innen haben dadurch auch wenig Zeit für Familie und Freunde. Giller hat selbst 35 Jahre in der Betriebshalle hinter sich – inklusive Bedienen und Überwachen der Geräte sowie der Kontrolle der Qualität der Werkstücke. **Die Arbeit in der Produktion ist anstrengend: Schwere Materialien zu heben, in unbequemen Positionen zu arbeiten und viel zu gehen, das ist der Arbeitsalltag. Auch die Psyche leidet: Die Produktionsziele müssen erreicht werden, schnelles Arbeiten ist Voraussetzung dafür.** Viele von Gillers Kolleg:innen, die wenige Jahre vor der Pension sind, befinden sich in Langzeitkrankenständen. Ein Arbeiten bis zum gesetzlichen Pensionsantrittsalter ist undenkbar.

So wenige Frauen arbeiten bis zur Pension



Vier Jahre vor Pensionsantritt sind nur noch drei von vier Frauen in Beschäftigung, zum aktuellen Pensionsantrittsalter von 61 Jahren sind es nur 41 Prozent.

Doch der aktuelle EU-Ageing-Report widerlegt das ganz klar. Die Kosten für das öffentliche Pensionssystem gemessen am Bruttoinlandsprodukt steigen bis zum Jahr 2070 nur sehr moderat auf 14 Prozent an. Und das, obwohl sich die Altersstruktur – mit deutlich mehr älteren Menschen – verschieben wird. Die langfristige Finanzierbarkeit des österreichischen Pensionssystems ist laut diesen Daten also sicher.

Lösungen liegen auf dem Tisch

Antworten auf grundsätzliche frauenpolitische Fragen blieb die Bundesregierung auch in diesem Zusammenhang schuldig. Wer zum Beispiel betreut Kinder oder pflegt Angehörige, wenn Frauen länger arbeiten müssen? Die aktuelle Zeitverwendungsstudie zeigt nämlich deutlich, dass es oft die Großmütter sind, die die Betreuung der Enkelkinder oder andere Pflegearbeiten übernehmen.

Will man also, dass Frauen länger arbeiten, braucht es Lösungen wie einen Rechtsanspruch auf Kinderbildung ab dem ersten Geburtstag des Kindes, das ÖGB-AK-Familienarbeitszeitmodell, faire Verteilung von unbezahlter Arbeit und Erwerbsarbeit auf beide Eltern und es braucht einen massiven Ausbau von qualitativen und leistbaren Pflegeangeboten. Nur so bekommen die Frauen in diesem Land echte Wahlfreiheit. ■

Das Österreichische Netzwerk für Betriebliche Gesundheitsförderung hilft bei der Umsetzung von gesundheitsfördernden Projekten in deinem Betrieb: netzwerk-bgf.at

Viele nützliche Links, Buchtipps und Praxisbeispiele und mehr zum Thema Arbeit und Alter findest du hier: arbeitundalter.at



Der ÖGB fordert:

- **Nachtarbeit ist Schwerarbeit:** Beschäftigte in der Pflege und Betreuung müssen einen erleichterten Zugang zur Schwerarbeitspension erhalten.
- **Wiedereinführung eines Bonus-Malus-Systems:** Unternehmen, die überdurchschnittlich viele ältere Arbeitnehmer:innen beschäftigen, erhalten einen Bonus; jene, die unter dem Branchendurchschnitt liegen, müssen einen Malus zahlen.
- **Zugang zu Altersteilzeit erleichtern:** Der ÖGB fordert einen Rechtsanspruch auf Altersteilzeit und die Förderung der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer:innen, Stärkung der Arbeitsmarktintegration durch den Ausbau von Kinderbetreuungs-einrichtungen.
- **Bekämpfung von Langzeit- und Altersarbeitslosigkeit** einschließlich innovativer Formen von Arbeitszeitverkürzungen.



MONIKA KEMPERLE
PENSIONIST:INNENVORSITZENDE IM ÖGB

Wenn die Altersarmut droht

ÖGB-Pensionist:innenvorsitzende Monika Kemperle darüber, wie unbezahlte Arbeit Frauen in die Altersarmut treibt und warum arbeiten bis 67 eine Fantasie neoliberaler Köpfe ist, die auf Kosten der Gesundheit von Frauen geht.

INTERVIEW MARTIN MANDL

Viele unabhängige Berechnungen zeigen, dass das Pensionssystem gut funktioniert. Trotzdem fordern neoliberale Wirtschaftsforscher:innen immer wieder eine Erhöhung des Pensionsantrittsalters auf 67 Jahre. Ist das denkbar?

Das ist undenkbar. Die Belastung in vielen Jobs ist so hoch, dass es vor allem Frauen schon jetzt nicht schaffen, bis zur Pension zu arbeiten. Und dann sollen sie es bis 67 schaffen? Das ist eine Illusion. Bevor wir also darüber reden, sollten wir über bessere Arbeitsbedingungen reden, die ein Arbeiten bis 60 oder 65 möglich machen. Klar ist, dass in einer alternden Gesellschaft künftig mehr Mittel für die Alterssicherung bereitgestellt werden müssen. Österreich ist aber auf die Herausforderung einer alternden Gesellschaft gut vorbereitet und unser Pensionssystem steht gut da.

Trotzdem bekommen Frauen weniger Pension als Männer. Der Equal Pension Day 2024 war am 6. August.

Auch im Jahr 2024 bekommen Frauen immer noch deutlich weniger Pension als Männer. Während Männer 14-mal pro Jahr eine monatliche Durchschnittspension von 2.300 Euro beziehen, sind es bei Frauen nur 1.378 Euro. Das sind um 40,1 Prozent weniger und hat zur Konsequenz, dass für viele Frauen Altersarmut vorprogrammiert ist.

Warum bekommen Frauen eigentlich weniger Pension?

Ein großer Teil der Betriebe bietet Frauen keine geeigneten und der Belastung in diversen Branchen entsprechenden Beschäftigungsmöglichkeiten bis zur Pension an; von Gesundheitsangeboten erst gar nicht zu sprechen. Außerdem haben Frauen oft keine Möglichkeit, Vollzeit arbeiten zu gehen. Einerseits werden immer weniger Vollzeitjobs angeboten, andererseits leisten Frauen nach wie vor den Großteil an unbezahlter Arbeit wie Kinderbetreuung, Hausarbeit und Pflege von Angehörigen. Gleichzeitig gibt es nach wie vor zu wenige Kinderbetreuungsplätze. Klar ist: Frauen sind nicht selbst schuld, wie oft gerne behauptet wird.

Die Glücksformel: Weniger Arbeit, gleiches Geld

Obstkorb und Dienstwagen waren gestern. Heute wünschen sich Beschäftigte von ihren Arbeitgebern vor allem eine bessere Work-Life-Balance. Konkret: mehr Freizeit bei gleichem Geld. Dass das geht, zeigen viele Beispiele.

TEXT PETER LEINFELLNER

Arbeiten wir, um zu leben, oder leben wir, um zu arbeiten? Immer mehr Menschen in Österreich haben eine klare Antwort: Sie wollen nicht mehr bis zum Umfallen schuften. Sie wollen mehr Zeit für Familie, Freund:innen und Hobbys haben. Das Leben außerhalb der Arbeit wird für sie immer wichtiger – und sie wünschen sich mehr Freizeit. „Genau dafür setzen sich auch der ÖGB und die Gewerkschaften ein“, sagt Martin Müller, Arbeitszeitexperte des ÖGB.

Arbeitszeitverkürzungen gab es in der Geschichte immer wieder – und jede war ein Erfolg der Gewerkschaften. „Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir damit am Ende sind. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Arbeitszeit bei gleichem Lohn oder Gehalt auf Dauer weiter reduziert wird“, so Müller. Aktuell arbeiten unselbstständig Vollzeitbeschäftigte in Österreich durchschnittlich 40,7 Stunden. EU-weit liegen wir damit nach Zypern und Schweden gemeinsam mit Luxemburg an dritter Stelle.

Arbeitszeit runter, Qualität rauf

Die Vorteile von Arbeitszeitverkürzungen liegen auf der Hand: „Die Menschen haben mehr Zeit für sich selbst, für ihre Familien, aber sie haben auch mehr Zeit, ehrenamtlich, etwa in Vereinen, tätig zu sein. Hier ergeben sich auch gesellschaftlich viele positive Effekte“, betont der Arbeitsrechtsexperte.

Dass Arbeitszeitverkürzung auf dem Vormarsch ist, beweisen viele Beispiele. Das weltweit bislang größte Pilotprojekt in Großbritannien war ein voller Erfolg. Im Jahr 2022 haben rund 3.000 Beschäftigte 32 Stunden bei vollem Lohn gearbeitet. Ergebnis: Neun von zehn Beschäftigten waren begeistert und fast alle der 61 beteiligten Firmen wollen an dem Modell festhalten.



ARBEITGEBER: GPS-Tracker-Hersteller „Tractive“, OÖ
MITARBEITER:INNEN: 258

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG: Seit 1. Juli 2022 auf Vollzeit-Basis von 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich.

ZUFRIEDENHEIT DES TEAMS: ★★★★★

Die **Bewerber:innenzahl** ist seit der Einführung der kürzeren Arbeitswoche um **74 Prozent** gestiegen.



ARBEITGEBER: Jobplattform „whatchado“, Wien
MITARBEITER:INNEN: 18

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG: Seit 1. Jänner 2022 auf Basis von 32 Stunden bei vollem Lohnausgleich.

ZUFRIEDENHEIT DES TEAMS: ★★★★★

Das Team **fühlt sich wohl** und die **Produktivität** wurde mithilfe von KI und hochmodernen Cloud-Lösungen weiter gesteigert.



Erfolgsrezept: „Weniger ist mehr“

Auch in Österreich gibt es solche Erfolgsgeschichten. Bei der Jobplattform „whatchado“ wird seit über 2,5 Jahren nur mehr 32 Stunden bei vollem Gehaltsausgleich gearbeitet, erzählt CEO Jubin Honarfar: „Das Team schätzt die kurze Arbeitswoche und berichtet, dass es sich deutlich erholt und leistungsfähiger fühlt! Unsere niedrigen Krankenstände und die geringe Fluktuation haben seit Beginn der Arbeitszeitverkürzung ihr absolutes Minimum erreicht.“

Auch beim GPS-Tracker-Hersteller „Tractive“ in Oberösterreich hat sich die 35-Stunden-Woche bei gleichem Einkommen als Volltreffer entpuppt. „Wir wollten unseren Mitarbeiter:innen etwas für ihre gute Arbeit und ihren Einsatz zurückgeben. Und um künftig die besten Talente bei uns zu beschäftigen, wollten wir zudem einen Benefit mit Wow-Effekt bieten“, sagt Marlene Kampelmüller, Leiterin der Personalabteilung.

Österreich ist bereit für kürzere Arbeitszeiten

Das sind nur zwei von vielen Beispielen, die zeigen, dass Beschäftigte bei verkürzter Arbeitszeit produktiver, konzentrierter und gesünder sind. Österreich ist bereit für eine stufenweise Reduktion der Arbeitszeit, davon ist der ÖGB-Experte Martin Müller überzeugt: „Unser Ziel ist es, die Arbeitsstunden pro Woche nach unten zu bekommen. Sollten wir eine generelle sechste Urlaubswoche oder auch mehr freie Tage im Jahr erreichen, dann nehmen wir das natürlich auch sehr gerne. Dafür werden wir kämpfen!“

Der ÖGB fordert:

Arbeitszeit braucht Grenzen!

- **Verkürzung der Normalarbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich sowie Absenkung der höchstzulässigen Tages- und Wochenarbeitszeit**
- **Sechs Urlaubswochen für alle**
- **Feiertage, die auf das Wochenende fallen, sollen am darauffolgenden Arbeitstag nachgeholt werden**
- **Rechtsanspruch auf Altersteilzeit in allen Varianten**



Gewerkschaftserfolg, der doppelt zählt:

Der philippinische Gewerkschafter Marco Gojal kämpft für die Rechte der Arbeitnehmer:innen – auch wenn er sich damit in Gefahr begibt.



Mehr dazu erfährst du hier:

➔ oegb.at/philippinische-gewerkschaft

Wo Gewerkschaftsarbeit gefährlich ist ...

Andere Länder, andere Sitten und vor allem auch gewaltige Unterschiede, was die Rechte von Arbeitnehmer:innen und damit Gewerkschaftsarbeit betrifft. Um diesen Erfahrungsaustausch ging es heuer wieder bei der 4. ITUSA (International Trade Union School Austria) von ÖGB und IGB in Wien. 20 junge Gewerkschafter:innen aus 18 Staaten, darunter auch die Philippinen oder Kolumbien, wo Gewerkschaftsarbeit gefährlich ist, diskutierten ihre Strategien und Erfolge im Kampf für faire Arbeitsrechte sowie gegen den Klimawandel und die ständig steigende soziale Ungleichheit, national wie global.

ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian war beeindruckt vom Engagement der Teilnehmer:innen: „Ihr findet Freund:innen, ihr knüpft Netzwerke. Das ist wichtig, denn wir können die Welt nur gemeinsam verbessern!“ (lk)

Gerechte Green Jobs müssen erkämpft werden

Um die Herausforderungen der Erderhitzung zu stemmen, braucht es viele Hände. Von Dachdecker:innen über Elektrotechniker:innen bis hin zu Installateur:innen: Diese Berufe werden oft als „Green Jobs“ zusammengefasst. Dahinter steckt oft schwere körperliche Arbeit. Starke Gewerkschaften sind auch hier unerlässlich.

TEXT PERIGAN ERASLAN

Green Jobs ist ein relativ neuer und schwammiger Begriff. Es gibt keine einheitliche Definition, welche Berufe und Lehrausbildungen darunter fallen. Grob gesagt sind es Jobs, die in irgendeiner Form zur Bekämpfung des Klimawandels beitragen; ob es nun ums Windkraftwerke-Warten geht oder ums Kaffeemaschinen-Reparieren – diese Jobs werden in den kommenden Jahren wichtiger denn je. Jede Maschine, die repariert statt neu gekauft wird, jede Kilowattstunde Strom aus erneuerbaren Energien statt aus fossilen Brennstoffen trägt dazu bei, unsere Lebensgrundlage zu erhalten.

Starke Gewerkschaft als Gegenmittel

Wichtig zu bedenken ist aber auch: Green Jobs sind nicht automatisch hochwertige Jobs. „Wie in jeder anderen Branche gibt es in Zukunftsberufen noch Luft nach oben bei den Arbeitsbedingungen – Stichwort schwere körperliche Arbeit, gesundheitliche Belastungen, Arbeitszeiten oder instabile Beschäftigungsverhältnisse. In diesen Fällen ist das beste Gegenmittel, wie so oft, eine starke Gewerkschaft. Für uns ist klar, dass soziale und ökologische Nachhaltigkeit Hand in Hand gehen müssen“, so Martin Reiter aus dem Klimabüro des ÖGB. ■



Deine Ausbildung zum Green Job

1. Umweltstiftung: dein Weg zurück in den Arbeitsmarkt

Um von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen neue Perspektiven geben zu können, hat der ÖGB die Einführung einer Umweltstiftung gefordert – mit Erfolg: Die Aufleb-Umweltstiftung vermittelt seit 2022 Ausbildungsplätze für Arbeitslose in umweltfreundlichen Bereichen. So werden nicht nur Zukunftsbranchen gestärkt, sondern auch unabhängig von der Wirtschaftslage dringend notwendige Fachkräfte ausgebildet. Das Angebot richtet sich vor allem an Langzeitarbeitslose, die eine Ausbildung in einer Zukunftsbranche suchen oder sich weiterqualifizieren möchten.



Über weitere Vorteile und Möglichkeiten kannst du dich hier informieren.

oegb.at/umweltstiftung

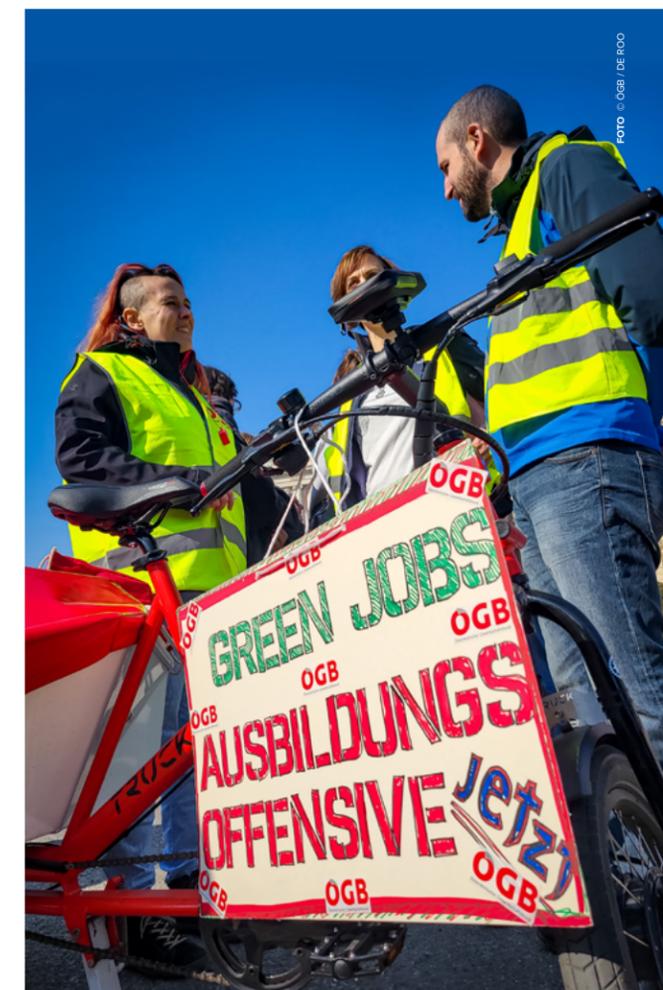
2. Deine Lehre ist ein „Klima-Gamechanger“

Das Bundesministerium für Klima will auf die Chancen hinweisen, die sich angesichts des Fachkräftemangels für Lehrstellensuchende in Green Jobs bieten. In ihrer aktuellen Kampagne geht es um „Klima-Gamechanger“ und die spannenden Möglichkeiten in Green-Jobs-Lehrberufen. Diese Schlüsselberufe „gamified“: Die Heizungs-technikerin wird zur „Eco Pipe Ninja“ und der Zimmerer zum „Wood Hammer Guardian“, und das nicht zu Unrecht. Die „Gamechanger“ sind schließlich diejenigen, die die Welt von morgen bauen, echte Weltretter also.



Welche Jobs hinter den Bezeichnungen „Eco Frost Champ“ oder „Safe Future Fighter“ stecken und vor allem welche Lehrstellen in diesen Bereichen offen sind, siehst du hier:

klimajob.at



Muss ich, kann ich, darf ich? Arbeitsrecht kompakt

Muss ich bei einem Bewerbungsgespräch auf alle Fragen antworten?

Nein, denn es gibt
Fragen, die nicht
erlaubt sind und
die man nicht
beantworten muss.

Deine Privatsphäre geht den Arbeitgeber nichts an.

Bei einem Bewerbungsgespräch sollen sich beide Seiten auf professioneller Basis kennenlernen. Auch wenn oft persönliche Fragen gestellt werden, gibt es viele Themen, die den Arbeitgeber einfach nichts angehen – und zwar dann, wenn sie die Privatsphäre betreffen.

Fragen nach Schwangerschaft, Kinderwunsch, Familienstand, ethnischer Zugehörigkeit, Religion, Weltanschauung oder sexueller Orientierung sind nicht erlaubt. Diese Fragen gelten als diskriminierend. Derartige Fragen muss man nicht beantworten und der Arbeitgeber hat bei

verbotenen Fragen kein Recht auf eine ehrliche Antwort.

Bekommt man derlei Fragen gestellt, bleibt man am besten ruhig, professionell und sachlich. Man kann den:die Gesprächspartner:in auf die unzulässige Frage hinweisen, die Frage beantworten oder unter Umständen lügen. (pl)



Mehr dazu findest du hier:
oegb.at/bewerbung-fragen

Sorg für morgen.

Unsere Zukunftsvorsorge.

Auf [wienerstaedtische.at](https://www.wienerstaedtische.at), telefonisch und natürlich auch persönlich.

#einesorgeweniger

Ihre Sorgen möchten wir haben.

**WIENER
STÄDTISCHE**
VIENNA INSURANCE GROUP

FAKTEN ZUR WAHL

> **100.000**

Mehr als 100.000 Wahlhelfer:innen wickeln die Nationalratswahl ab und ermöglichen damit deine Teilhabe an der Nationalratswahl.

> **10.000**

Mehr als 10.000 Wahllokale gibt es in ganz Österreich.

6,3 Mio.

Es gibt 6,3 Millionen Wahlberechtigte. Das sind alle österreichischen Staatsbürger:innen ab 16 Jahren.

Die Nationalratswahl findet am 29. September statt.

In der Regel wird alle fünf Jahre gewählt.

9 Parteien treten bundesweit an: ÖVP, SPÖ, FPÖ, GRÜNE, NEOS, KPÖ, Bierpartei, Liste Madeleine Petrovic und Liste KEINE VON DENEN.

1 8 3

183 Abgeordnete sind im Nationalrat vertreten.

1.009.749

Bei der letzten Nationalratswahl (2019) haben 1.009.749 Personen mit einer Wahlkarte gewählt.

Wahlkarte bis 25. September schriftlich beantragen!

Falls du am Wahltag voraussichtlich verhindert sein solltest, zum Beispiel weil du im Ausland bist, kannst du eine Wahlkarte beantragen – persönlich, schriftlich oder online.



Hier findest du alle Infos:
oegb.at/briefwahl2024

Erfolgreich in den Herbst

Lehre, Feri-job, Bewerbung: Worauf du jetzt achten solltest, um beruflich durchzustarten.



Lehrstelle rechtzeitig sichern

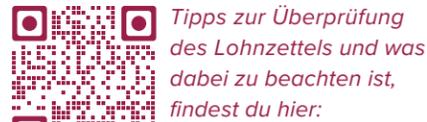
Wer im Sommer oder Herbst 2025 eine Lehre beginnen möchte, sollte sich jetzt umschaun. Auch wenn es aktuell mehr offene Lehrstellen als Bewerber:innen gibt, sind die besten Stellen schnell vergeben. Informiere dich, welche Betriebe deinen Wunschberuf ausbilden und wann die Bewerbungsfristen enden.

Hier sind vier Tipps, wie du die perfekte Lehrstelle findest:

- ▶ **Überprüfe die Lehrstellenbörse** beim AMS:
👉 oegb.at/ams-lehrstellenboerse
- ▶ **Frage in Betrieben** in deiner Nähe nach offenen Lehrstellen
- ▶ **Nutze deine Netzwerke:** Frage Eltern, Freund:innen und Verwandte
- ▶ **Beginne rechtzeitig** mit der Suche

Ferienjob nachkontrollieren

Nach einem Ferienjob oder Praktikum solltest du unbedingt deinen Lohnzettel kontrollieren. Achte darauf, ob alle geleisteten Stunden korrekt erfasst wurden, ob das Urlaubsgeld anteilmäßig ausbezahlt wurde und ob die gesetzlichen Abzüge vorgenommen wurden. Das ist entscheidend, um sicherzustellen, dass du fair bezahlt wurdest. (bk)



👉 lohnzettel.arbeiterkammer.at

Tipps zur Überprüfung des Lohnzettels und was dabei zu beachten ist, findest du hier:

Was bedeutet eigentlich ...?

„Mittelschicht“

Jede Partei will sie entlasten, beschützen und fördern: In Wahlkampfzeiten ist die Mittelschicht besonders beliebt. Blickt man auf die Verteilung des Vermögens, dann sucht man die „breite Mittelschicht“ aber vergebens. Wo ist sie also?

Wer gehört denn überhaupt zur Mittelschicht?

Eine einheitliche Definition gibt es nicht. Oft geht es ums Medianeinkommen – und zwar insgesamt: also Lohn bzw. Gehalt plus Sozialleistungen, private Geldleistungen, Dividenden und so weiter. Wer zwischen 75 und 150 Prozent des Medians dieses „verfügbaren Nettoäquivalenzeinkommens“ verdient, gehört laut AK-Definition zur Mittelschicht. 2023 lag der Median bei 31.443 Euro netto, wonach alle Menschen zur Mittelschicht zählen, die im Jahr über ein Gesamteinkommen zwischen 23.582 und 47.164 Euro verfügen. Das

Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ziehen weitere Grenzen heran.

Warum setzen sich alle für diese „Mittelschicht“ ein?

Ohne klare Definition glauben die meisten Wähler:innen, dass sie zur Mittelschicht gehören – ein lohnendes Ziel für alle Parteien. Dient aber „nur“ das Einkommen als Grundlage für die Definition, entsteht der Eindruck, als hätten die meisten Menschen ungefähr gleich viel. Das stimmt nicht! Blickt man nämlich auf die Verteilung

des Vermögens, dann gibt es die breite Mittelschicht nicht.

Und wie ist das Vermögen verteilt?

Wenige Menschen haben sehr viel und sehr viele haben wenig. Das reichste Prozent der österreichischen Haushalte besitzt gemeinsam etwa die Hälfte des gesamten Nettovermögens. Die restlichen 99 Prozent teilen sich die andere Hälfte des Nettovermögens. Gerechtigkeit gibt es nur, wenn auch Vermögende einen fairen Beitrag zum Steuer- und Abgabenaufkommen leisten – zum Beispiel mit einer Millionärssteuer ab einer Million Euro. (dm)



Miriam Fuhrmann
Ökonomin im
Volkswirtschaftlichen
Referat des ÖGB

Neun gute Gründe, warum es jetzt eine Millionärssteuer braucht:



👉 oegb.at/millionaerssteuer



Stoppt endlich die Teuerung!

Seit mehr als zwei Jahren trifft die Teuerung alle Lebensbereiche hart. Von Anfang an hat der ÖGB Wege aus der Krise aufgezeigt. Die Maßnahmen und Programme sind heute wie damals sofort umsetzbar – und sollten deshalb ein Leitfaden für die nächste Bundesregierung sein.

TEXT PATRICK FISCHER

Das die Inflation jetzt langsam sinkt, ist kein Erfolg. In Österreich liegt die Teuerung immer noch über dem Durchschnitt der Eurozone. Und – auch wenn das gerne verschwiegen wird: Billiger wird weiterhin nichts, es wird nur etwas langsam teurer.

Deshalb bleibt unser Standpunkt unverändert: Eine schlagkräftige Anti-Teuerungskommission samt Preisdatenbank ist nach wie vor nötig. Ungerechte Preiserhöhungen und Rekordgewinne auf dem Rücken der Arbeitnehmer:innen könnten so kontrolliert und sanktioniert werden – auch im Energiebereich.

Aber um die Teuerung zu stoppen, braucht es noch mehr. Die Expertinnen und Experten des ÖGB zeigen, wo effektive Gegenmaßnahmen jetzt am dringendsten wären.

Mieterhöhungen stoppen

Mietpreissteigerungen von mehr als 20 Prozent sind in den letzten Jahren für viele Menschen in Österreich bittere Realität geworden. Das heißt die Teuerung an, aber in kaum einem anderen Bereich könnte die Bundesregierung so leicht gegensteuern: Ein Aussetzen künftiger Mietpreiserhöhungen wären ebenso sinnvoll wie ein Ende befristeter Mietverträge. Und: Diese Eingriffe kosten die Allgemeinheit wenig.

Energiepreise deckeln

Nirgendwo sind die Gaspreise dermaßen gestiegen wie in Österreich – nämlich um das Dreifache im Vergleich zum Vorkrisenwert. Und jetzt? Jetzt sinken sie bestenfalls im Schneckentempo und deutlich langsamer als in anderen Staaten. Aber: Die nächste Heizperiode kommt schon bald und die Abhängigkeit von russischem Gas kann drastische Folgen für Haushalte und Wirtschaft haben.

Was hilft? Ein effektiver Energiepreisdeckel samt Preismonitoring und zukunftsweisende Investitionen in die Infrastruktur: Dekarbonisierung und Ausbau der Energienetze sind wesentlich für den Weg aus der Krise.

Niedrige Zinsen statt Mega-Gewinnen

Was es zudem braucht, sind niedrige Zinsen – und dazu muss die Europäische Zentralbank (EZB) ihren Teil beitragen. So käme das abgewürgte Wirtschaftswachstum nämlich wieder in Schwung und die obszönen Gewinne der Banken würden verhindert. Denn mit Sparen nur um des Sparens willen werden die notwendigen Investitionen in Transformation und Daseinsvorsorge nicht kommen.

All das – und noch mehr – steht im 10-Punkte-Plan für Standort und Beschäftigung, den der ÖGB vorgelegt hat. Die nächste Bundesregierung muss ihn nur noch umsetzen. ■

Der Kabaretttherbst kann kommen

In der ÖGB-Kartenstelle gibt es **exklusive Ermäßigungen für ÖGB-Mitglieder.**

TEXT AMELA MURATOVIC



Peter & Tekal – Wechselwirkung
TERMIN: 6. und 27. Oktober, CasaNova Vienna

**10 %
RABATT**

Die perfekte Mischung aus Medizin und Humor: Dr. Ronny Tekal und Norbert Peter klären auf humorvolle Weise über die kleinen und großen Wechselwirkungen des Lebens auf. Ob Schlafmittel und Alkohol oder Impfgegner:innen und Virolog:innen – nichts bleibt ungesagt.

Alle Infos:
➔ oegb.at/kartenstelle-peter-und-tekal



16. Kabarettgipfel in Wien
TERMIN: 14. und 15. Oktober, Wiener Stadthalle, Halle F

**10 %
RABATT**

Beim 16. Kabarettgipfel treten Stars wie Klaus Eckel, Lukas Resetarits, Christoph Fritz, Nadja Maleh und Martina Schwarzmann auf. Begleitet von der Kabarettgipfelband präsentieren die Publikumslieblinge einen Abend voller scharfsinniger Pointen und musikalischer Highlights.

Alle Infos:
➔ oegb.at/kartenstelle-kabarettgipfel



Andreas Ferner – Stundenwiederholung
TERMIN: 30. November, Hotel Das Steinberger, Alltenglach

**SPEZIAL-
PREIS!**

Seit mehr als 20 Jahren bringt „Österreichs lustigster Lehrer“ Andreas Ferner sein Publikum zum Lachen. In seinem neuen Programm „Stundenwiederholung“ präsentiert er ein „Best of“ seiner lustigsten Geschichten aus dem Schulalltag. Mit scharfem Witz nimmt er Schüler:innen, Lehrer:innen, Eltern und sich selbst aufs Korn.

Alle Infos:
➔ oegb.at/kartenstelle-andreas-ferner

Veranstaltungen der ÖGB-Kartenstelle auf:
➔ kartenstelle.oegb.at

**Exklusive
RABATTE**

**Mitgliedskarte
nicht vergessen!**

TIPP! Mit dem ÖGB ins Theater

Für alle, die mehr Lust auf Theater haben, bietet der ÖGB Oberösterreich vier ermäßigte Abonnements im Linzer Landestheater und im Musiktheater am Volksgarten an.

Zu bestellen sind alle ÖGB-Abos direkt beim Landestheater Linz.

Abo-Service unter Tel.: 0732 7611 404,
E-Mail: abos@landestheater-linz.at

Alle Infos: ➔ oegb.at/oe-theaterabo24-25



Landestheater Linz / Alice im Wunderland
Annelie Straub, Levent Kelleli, Melanie Sidhu

Kulturtipp!



Arbeit ohne Papiere, aber nicht ohne Rechte!

Das 10-jährige Jubiläum der UNDOK-Anlaufstelle wird mit einer Ausstellung gefeiert.

Von Arbeitszeit über Mindestlohn bis Krankenstand: Wer in Österreich einer Lohnarbeit nachgeht, hat Rechte. Diese gelten für alle Menschen, unabhängig von Herkunft und Aufenthaltsstatus. Dennoch werden undokumentiert Arbeitende in Österreich sehr oft extrem ausgebeutet. Deshalb erhalten sie seit 2014 von der Anlaufstelle UNDOK Unterstützung und Beratung – etwa wenn es um Lohnbetrug, überlange Arbeitszeiten oder auch um körperliche Übergriffe geht.

Zu ihrem 10-jährigen Jubiläum präsentiert die UNDOK-Anlaufstelle eine Ausstellung im ÖGB Catamaran (Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien) mit Illustrationen und Comics verschiedener Künstler:innen zum Thema undokumentierte Arbeit.

AUSSTELLUNG:
17. Sept. 2024 bis 20. Feb. 2025,
täglich 8 bis 20 Uhr

Weitere Infos gibt es auf:
➔ undok.at

Der neue kikaLeiner 17x in Österreich

kika Leiner



10%¹⁾ ÖGB MITGLIEDER- RABATT

Beim Kauf von Warengutscheinen in allen kikaLeiner Einrichtungshäusern in ganz Österreich. Gültig bis 31.12.2024

¹⁾ Der Mitgliederrabatt kann nur gegen Vorlage eines Mitgliedausweises (ÖGB oder dessen Fachgewerkschaften) vor dem Gutscheinkauf an der Kassa gewährt werden. Vorbehaltlich Satz- und Druckfehler.



kikaleiner.at

Folgen Sie uns auch auf:

[/kika.at](https://www.facebook.com/kika.at)
[/leiner.at](https://www.facebook.com/leiner.at)

[/kika.at](https://www.instagram.com/kika.at)
[/leiner.at](https://www.instagram.com/leiner.at)

Welche Partei steht auf deiner Seite?



Am 29. September wählt Österreich einen neuen Nationalrat. Wir haben alle bundesweit antretenden Parteien gefragt, ob sie unsere gewerkschaftlichen Forderungen unterstützen und damit auch deine Interessen als Arbeitnehmer:in vertreten. Finde jetzt mit dem **ÖGB-WAHLCHECK** heraus, welche Partei am besten zu dir passt!



oegb.at/wahlcheck

Alle Antworten gibt's hier: gutewahl.oegb.at

ÖGB

Ein Ersuchen des Verlages an den:die Briefträger:in:

Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue bzw. richtige Anschrift mit:

Grund

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

Besten Dank!